

Wahlprüfsteine Netzwerk der Elterninitiativen für Geburtskultur
zur Bundestagswahl 2017

Antworten der Freien Demokraten

1. Geburtskultur umfasst die Pflege und formende Gestaltung all der Prozesse, die mit dem Erleben einer Geburt in Zusammenhang stehen: Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und das erste Lebensjahr des Kindes. Eine positive Geburtskultur im Sinne der Eltern und des Kindes wird für uns durch eine sichere, bedarfs- und bedürfnisorientierte, gewaltfreie und menschenwürdige Grundversorgung realisiert. Diese besteht aus folgenden Bausteinen:

- Eine wohnortnahe Schwangerenvorsorge, die entsprechend den Wünschen der Frau gleichwertig von Arzt und Hebamme durchgeführt werden kann.
- Geburtshilfe und Geburtsmedizin sind flächendeckend verfügbar.
- Während der gesamten Geburt, beginnend mit der Eröffnungsphase, wird die gebärende Frau 1:1 von einer Hebamme betreut. Frauen werden in ihrer Fähigkeit zu gebären gestärkt.
- In den Geburtsfortschritt wird nur in medizinisch notwendigen Fällen nach Prüfung der individuellen Situation und ausführlicher Aufklärung eingegriffen.
- Während der gesamten Wochenbettzeit kann die Mutter eine aufsuchende Wochenbettbetreuung durch eine Hebamme nutzen.
- Der durch veränderte Familien- und Arbeitsstrukturen erhöhte Bedarf an familiennahen Dienstleistungen in der Wochenbett- und Stillzeit wird durch qualifizierte, niedrigschwellige Anlaufstellen zur Hebammenhilfe ergänzt und als Kassenleistung anerkannt, z.B. Wochenpflegemodell wie in den Niederlanden.
- Der kostenfreie Zugang zu allen Informationen und eine wertungsfreie und ergebnisoffene Aufklärung ermöglichen den Eltern den eigenverantwortlichen Umgang mit den Angeboten rund um Schwangerschaft und Geburt.

Was bedeutet eine Geburtskultur im Sinne von Mutter und Kind für Sie und durch welche Maßnahmen wird dies zukünftig umgesetzt?

Wir Freie Demokraten teilen grundsätzlich Ihre Vorstellungen einer positiven Geburtskultur. Sie stellt sicher, dass Mütter beziehungsweise Eltern in allen Situationen während Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und des ersten Lebensjahres des Kindes selbstbestimmt Entscheidungen treffen können – insbesondere über die Hebammenbegleitung während und nach der Schwangerschaft, den Geburtsort und die Geburtsumstände. Angesichts dessen, dass sich freiberufliche Hebammen zunehmend aus der Geburtshilfe zurückziehen und Geburtskliniken bzw. –abteilungen schließen, wird diese Wahlfreiheit jedoch deutlich beschränkt. Dieser besorgniserregenden Entwicklung wollen wir entgegenwirken. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Geburtenrate in Deutschland erfreulicherweise wieder steigt und sich Familien bewusst für Kinder entscheiden, muss die Geburtshilfe gestärkt und nicht geschwächt werden.

Schwerpunkt ist für uns hier die Unterstützung der Hebammen und ihrer Arbeit, insbesondere durch Verbesserungen bei der versicherungsrechtlichen Lage für freiberuflich tätige Hebammen sowie eine ausreichende Finanzierung der Krankenhäuser.

2. Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie die Bundeskaiserschnitttrate auf das von der WHO empfohlene Niveau von höchstens 10-15% senken?

Wir Freien Demokraten sind der Ansicht, dass die Entscheidung über die Art der Entbindung grundsätzlich nicht davon abhängig sein soll, ob die Kaiserschnitttrate sinkt oder steigt. Sie ist vielmehr individuell von der werdenden Mutter in Abstimmung mit Hebamme und Ärzteschaft zu treffen. Hierbei sind eine umfassende Aufklärung über medizinische Maßnahmen sowie eine eingehende Abwägung der gesundheitlichen Risiken erforderlich.

Die Gründe für den Anstieg der Kaiserschnittgeburten in den letzten Jahrzehnten sind vielfältig. Dazu zählen auch das durchschnittlich höhere Alter der Frauen bei der Geburt sowie medizinische Fortschritte in der Reproduktions- und Geburtsmedizin. Gleichwohl ist sehr kritisch zu hinterfragen, wenn Kaiserschnitte aufgrund organisatorischer und struktureller Aspekte, wie der besseren Planbarkeit, haftungsrechtlicher Entwicklungen, geringerer Betreuungsintensität oder der abnehmenden Erfahrung der Geburtshelferinnen und -helfer in der Betreuung komplizierter Geburten, zunehmen und einige Frauen die Erfahrung einer Kaiserschnittentbindung im Nachhinein als sehr belastend empfinden. Ein erster Schritt zur Senkung der Kaiserschnitttrate ist aus unserer Sicht zunächst eine genauere Erfassung der diversen Gründe für deren Anstieg, um dann gezielt Verbesserungen erreichen zu können. Auch Aufklärungsmaßnahmen zur „Förderung der natürlichen Geburt“ halten wir für wichtig, um werdenden Müttern und gerade jungen Frauen zu helfen, Ungewissheit und mögliche Ängste zu reduzieren.

3. Wie werden Sie eine 1:1-Betreuung durch eine Hebamme während der gesamten Geburt garantieren (nicht nur während der Austreibungsphase)?

In Deutschland entbinden die meisten Mütter in Krankenhäusern. Die Qualität der klinischen Geburtshilfe leidet zweifelsohne darunter, wenn sich die Arbeitssituation der diensthabenden Hebammen wegen Personalmangels verschlechtert. Die grundsätzlich wünschenswerte 1:1 Betreuung ist deshalb in vielen Fällen nicht gegeben. Um hier Verbesserungen zu erreichen, wollen wir insbesondere für eine angemessene Finanzierung der Krankenhäuser sorgen, damit diese wieder mehr Personal einstellen können. Wir Freie Demokraten fordern daher, dass die Bundesländer ihrer finanziellen Verantwortung für die Investitionen wieder nachkommen und die Gelder der Versicherten für die medizinische Versorgung ausgegeben werden. Denn sonst werden Krankenhäuser weiter gezwungen, Gelder zu zweckentfremden, die für medizinische und pflegerische Leistungen am Patienten vorgesehen und notwendig sind. Wir Freie Demokraten setzen dabei auf ein Anreizsystem, wonach diejenigen Länder, die ihren Investitionsverpflichtungen nachkommen, vom Bund einen Zuschuss erhalten.

4. Viele Frauen berichten von Gewalterfahrungen während der Schwangerschaft, unter der Geburt und/oder im Wochenbett. Unter anderem durch Personalmangel und die implementierten Strukturen in Krankenhäusern sind sie in ihren Persönlichkeitsrechten und ihrer Selbstbestimmung stark eingeschränkt. Ihre Menschenrechte werden verletzt (Recht auf bestmöglichen Gesundheitsstandard, Recht auf körperliche Unversehrtheit und Recht auf eine würdevolle und wertschätzende

Gesundheitsversorgung). Die WHO empfiehlt Maßnahmen zur „Vermeidung und Beseitigung von Geringschätzung und Misshandlung bei Geburten in geburtshilflichen Einrichtungen“. Mit welchen Maßnahmen werden Sie Frauen und ihre Kinder vor individueller, struktureller und systemischer Gewalt schützen und die Wahrung ihrer Menschenrechte fördern?

Gewalt gegen Frauen ist für uns Freie Demokraten nicht hinnehmbar. Insbesondere in einem so sensiblen Bereich wie Schwangerschaft und Geburt gilt es daher genauer hinzuschauen. Die Berichte von Frauen, die angesichts ihrer Geburtserfahrung posttraumatische Symptome entwickelt haben, sind sehr ernst zu nehmen. Wir begrüßen daher die von der WHO vorgeschlagenen Maßnahmen, um solche Gewalterfahrungen zu verhindern.

Wir halten hier beispielsweise die Beseitigung des Personalmangels in Krankenhäusern und damit eine Verbesserung der Betreuungssituation für einen wichtigen Schritt. Zudem bedarf es einer ausreichenden Sensibilisierung von Geburtshelferinnen und –helfern für den würdevollen Umgang mit schwangeren und gebärenden Frauen, was durch geeignete Fortbildungen gefördert werden könnte. Sofern es doch zu Gewalterfahrungen kommt, muss für die Patientin eine Möglichkeit geschaffen werden, diese zu melden, was aus unserer Sicht bei einem Patientenbeauftragten geschehen könnte. Die aus dieser Meldung resultierenden Folgen können zwar der jeweils betroffenen Frau nur noch sehr indirekt helfen, sie können aber wichtige Hinweise auf mögliche Missstände geben, die dann von den Einrichtungen abgestellt werden können, sodass es in Zukunft zu weniger Gewaltsituationen kommt.

5. Wie werden Sie eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung mit qualifizierter Schwangervorsorge, 1:1-Geburtshilfe – idealerweise durch eine Bezugshebamme – und aufsuchender Wochenbettbetreuung gewährleisten, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen zunehmenden bundesweiten Klinikschließungen und des Personal- und Hebammenmangels sowohl in den Kliniken als auch im freiberuflichen Sektor?

Wir Freie Demokraten werden uns in geeigneter Weise dafür einzusetzen, dass sich die Rahmenbedingungen für Hebammen verbessern. Ein entscheidender Faktor ist hier zum Beispiel die versicherungsrechtliche Lage für freiberuflich tätige Hebammen.

Auf Landesebene hat die Fraktion der Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen in der Vergangenheit dazu beispielsweise einen Antrag eingebracht und sich für eine Haftungsobergrenze ausgesprochen, bis zu welcher Hebammen für von ihnen verursachte Schäden haftbar gemacht werden können. Schäden, die über die Haftungsobergrenze hinaus gehen, könnten dann von einem öffentlichen Fonds gedeckt werden. Wir sehen darin eine Möglichkeit, um die Haftpflichtproblematik langfristig zu lösen.

Darüber hinaus treten wir dafür ein, in Kooperation mit den jeweiligen Landeshebammenverbänden, eine detaillierte Bestandsaufnahme darüber durchzuführen, wie viele Hebammen in den Bundesländern freiberuflich und angestellt tätig sind, um gezielt überprüfen zu können, wo eine Unterversorgung hinsichtlich der Hebammentätigkeit bereits besteht oder droht. Nur wenn solche Daten vorliegen – und auch aktualisiert werden – können geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um Unterversorgungen entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang begrüßen wir auch die Entwicklung, Einrichtung und Förderung von Modellprojekten (wie zum Beispiel Hebammenzentren und hebammengeleitete Kreißsäle), wie vom Deutschen Hebammenverband vorgeschlagen.

6. Nach der Hebammenbetreuung im Wochenbett übernimmt der Kinderarzt die medizinische Betreuung des Kindes. Auch die kinderärztliche Versorgung verschlechtert sich zusehends. Das Versorgungsstärkungsgesetz strebt eine Verbesserung der Situation in ländlichen Regionen an, spitzt aber in Städten und Ballungsräumen die bereits extrem angespannte Versorgung weiter zu. Zusätzlich nimmt die Abdeckung mit Kinderkliniken weiter ab. Was stellen Sie dieser Entwicklung entgegen, um sowohl in Städten und Ballungsräumen als auch im spärlich besiedelten ländlichen Bereich jedem Kind wohnortnah kinderärztliche Versorgung zu garantieren?

Der (insgesamt) drohende Ärztemangel ist eine der größten Herausforderungen im Bereich der Gesundheitspolitik. Besonders deutlich zeigt dieser sich in den ländlichen Räumen, wo die Versorgungslage auch heute schon stark verbesserungswürdig ist. Wir teilen aber Ihre Auffassung, dass auch in Ballungsräumen Probleme bestehen und wir diese deshalb nicht vernachlässigen dürfen.

Wir Freie Demokraten befürworten bereits praktizierte Maßnahmen, wie Investitionszuschüsse für Ärztinnen und Ärzte, die sich in unterversorgten Regionen niederlassen. Diese sollten evaluiert und im Erfolgsfall ausgeweitet werden.

Darüber hinaus bedarf es umfassender Maßnahmen, um dem drohenden Ärztemangel zu begegnen. So muss beispielsweise die Attraktivität des Arztberufs gesteigert werden. Das kann durch gebührende finanzielle Anerkennung ebenso wie durch größere Freiheit in der Berufsausübung erreicht werden. Zudem muss Bürokratie abgebaut werden, damit den Ärztinnen und Ärzten mehr Zeit für ihre eigentliche Aufgabe der Patientenversorgung bleibt. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Nachwuchssicherung. Wir halten es deshalb für wichtig, die Anzahl der Medizinstudienplätze bundesweit zu erhöhen und unterstützen den Vorschlag, die Auswahl der Medizinstudierenden nicht nur nach Abiturnoten vorzunehmen.

Wir unterstützen zudem den Erhalt der Kinder- und Jugendmedizin als eigenständige Fachgruppe.

7. Die Eltern haben trotz ihrer zentralen Rolle im Geschehen kein Mandat. Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um uns Interessensvertretern der Eltern dieses Mitspracherecht zu garantieren?

Für uns Freie Demokraten ist es sehr wichtig, bei unserer politischen Arbeit Vertreterinnen und Vertreter betroffener Gruppen anzuhören und in Meinungsbildungsprozesse einzubinden. Deshalb sind wir auch der Ansicht, dass Interessenvertreter der Eltern bei Fragen zur Verbesserung der Geburtskultur zweifelsohne Gehör finden müssen – beispielsweise durch Aufforderung zu Stellungnahmen, Einladungen zu öffentlichen Anhörungen oder „Runden Tischen“ zum Thema.